

FBP erarbeitet Grundlagen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Initiativ Eine parteiinterne Arbeitsgruppe der FBP hat sich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angenommen. Gestern wurden die Ergebnisse dem Landesvorstand der Bürgerpartei präsentiert und sehr ausführlich debattiert.

VON HANNES MATT

Wie kann man eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen sowie verschiedene Modelle mit vorhandenen Finanztopfen stärken? Diese Frage ist momentan eines der brennendsten Themen in Liechtenstein - nicht erst seit eine Initiative der Wirtschaftskammer vom Stimmvolk bachab geschickt wurde oder der Erbprinz selbiges bei der Eröffnung des Landtags betonte. Um herauszufinden, wo und wie fest «der Schuh drückt», hatte die FBP sofort nach der Abstimmung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Diese hat nun Eindrücke aus Familien mit Kindern in unterschiedlichem Alter gesammelt - um sozusagen

gen von «unten nach oben» Grundlagenarbeit zu leisten. Daraus werden in weiterer Zusammenarbeit Ziele für eine gute Familienpolitik in Liechtenstein formuliert und politische Lösungen entwickelt.

Familien sollen entscheiden

Essenziell: Es sollen alle Familienstrukturen und Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie anerkannt werden - also keinesfalls entschieden werden, welches als «das Richtige» gilt. Dies dürfe jede Familie für sich selbst entscheiden. Transparenz zu schaffen, sei ebenfalls sehr wichtig - gerade was die eigentlichen Kosten der verschiedenen Betreuungsmodelle betrifft: Hier hat nämlich jeder eine andere Meinung.

Unter diesen Prämissen hat die Arbeitsgruppe mit Clarissa Frommelt, Johannes Hasler und Daniel Oehry an der Spitze 14 Punkte aufgearbeitet. Bei einem waren sich alle einig: Dass sich gerade im ersten Lebensjahr eines Kindes Eltern vollumfänglich der Betreuung widmen können sollen. Warum also nicht in dieser Phase das Kindergeld erhöhen und dafür später weniger zahlen - ist dies überhaupt fair oder kann es gar zum Missbrauch der Gelder führen? Wie wäre es weiter mit einer Karenzzeit von einem Jahr: Klingt gut und könnte gesetzlich angepasst werden, würde aber gerade für Firmen mit wenigen Angestellten ein Problem darstellen. Und sich schlussendlich kontraproduktiv auswirken, sodass

eine Frau deshalb gar nicht mehr angestellt wird? Eine einfache, einleuchtende Meinung gabs natürlich bei keinem der Punkte. Darunter fiel auch die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs für Kinder oder Familien, die Stärkung von Teilzeitmodellen in der Privatwirtschaft sowie «Blockzeiten plus» an den Schulen als weiteres Betreuungsangebot. Allesamt werden nun weiter überprüft, eingegrenzt und, falls für gut befunden, im Detail ausgearbeitet. Es kam übrigens auch eine Pensionskassenlösung für Elternteile, die ihre Kinder selbst betreuen, zur Sprache. «Na, hoffentlich auch rückwirkend», wie eine Mutter und Hausfrau im FBP-Landesvorstand lachend bemerkte.

Seite 6



FBP-Landesvorstand Rege Beteiligung bei der Diskussion rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

GAMPRIN Der FBP-Landesvorstand traf sich am gestrigen Dienstagabend zu einer Sitzung (Foto links). Dabei wurden die Ergebnisse der parteiinternen Arbeitsgruppe zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf präsentiert, die unter anderem von Clarissa Frommelt von den Frauen in der FBP vorgestellt (Foto rechts) und danach noch ausführlich diskutiert wurden. Weiter standen Nominierungen für zwei Kommissionen auf dem Programm. Einstimmig wurden Martina Haas für die FMA-Beschwerdekommision sowie Martin Gassner als Vizepräsident und Andrea Häring als Mitglied für die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten dem Landtag zur Wahl vorgeschlagen. (Text: hm; Fotos: Michael Zanghellini)